

# Inhalt

## 1. Teil: Didaktische und methodische Grundlagen

A. Übungen im Öffentlichen Recht in der universitären Ausbildung . . . . .	1
I. Die Übung im Ausbildungssystem . . . . .	1
II. Sachliche Funktionen der Übung . . . . .	2
1. Gegenstand der Übungen . . . . .	2
. . . . .	3
3. Übung als Üben . . . . .	5
a) Teilnahme an der Übung . . . . .	5
b) Aktive Mitarbeit in der Übung . . . . .	5
c) Übungsarbeiten . . . . .	6
d) Ablauf und Inhalt der Übung . . . . .	6
4. Übungseffekt und Scheinerwerb. . . . .	8
B. Grundzüge der Methodik der Fallbearbeitung im Verwaltungsrecht . . . . .	9
I. Besonderheiten verwaltungsrechtlicher Fälle . . . . .	10
1. Gefahr sog. „Besinnungsaufsätze“ . . . . .	10
2. Bedeutung des Prozeßrechts . . . . .	12
3. Materiellrechtliche Grundprobleme. . . . .	13
4. Konsequenzen . . . . .	16
II. Technik der Falllösung . . . . .	17
1. Vorbemerkung . . . . .	17
2. Grundschritte bei der Falllösung. . . . .	18
a) Erfassen des Sachverhalts . . . . .	18
aa) Fehlerquellen . . . . .	19
bb) Fehlervermeidung. . . . .	22
b) Verstehen der Fallfrage . . . . .	23
c) Entwickeln der Lösung . . . . .	26
aa) Aufspüren der fallrelevanten Rechtsfragen . . . . .	26
(1) Strukturierung der rechtlichen Prüfung . . . . .	26
(2) Inhaltliche Problemerkenntnis . . . . .	27
bb) Aufbau und Problemgewichtung. . . . .	29
d) Das Gutachten . . . . .	31
aa) Gutachtentechnik. . . . .	31
(1) Obersatz (Hypothese) . . . . .	32
(2) Normbenennung und Auslegung. . . . .	33
(a) Ziel der Gesetzesauslegung . . . . .	34
(b) Auslegungsmethoden . . . . .	34
(aa) Grammatische Auslegung. . . . .	35

(bb) Systematische Auslegung . . . . .	36
(cc) Historisch-genetische Auslegung . . . . .	37
(dd) Teleologische Auslegung . . . . .	38
(c) Besonderheiten der Gesetzesauslegung . . . . .	40
(aa) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	40
(bb) Ausfüllen von Gesetzeslücken . . . . .	41
(d) Verhältnis der Kriterien zueinander . . . . .	44
(3) Subsumtion . . . . .	45
(a) Grundmodell des Syllogismus . . . . .	45
(b) Juristischer Syllogismus. . . . .	46
(c) Struktur von Rechtsnormen . . . . .	47
(4) Ergebnis. . . . .	49
bb) Darstellung . . . . .	50
(1) Gutachtenstil . . . . .	50
(2) Darstellungsweise. . . . .	52
(3) Äußere Gestaltung . . . . .	55
III. Zusätzliche Anforderungen bei der Hausarbeit . . . . .	56
1. Sachliche Besonderheiten . . . . .	56
a) Berücksichtigung von Rechtsprechung und Schrifttum. . . . .	57
b) Darstellung von Streitfragen. . . . .	58
2. Äußere Form. . . . .	61
a) Literaturverzeichnis . . . . .	61
b) Abkürzungsverzeichnis . . . . .	62
c) Gliederung . . . . .	63
d) Lösungstext mit Fußnoten. . . . .	64
 2. Teil: Schemata zum Aufbau verwaltungsrechtlicher Fallösungen	
A. Wert und Unwert von Aufbauschemata. . . . .	68
I. Gefahrenquellen in Aufbauschemata . . . . .	68
II. Funktionen von Aufbauschemata . . . . .	70
B. Einzelne Aufbauschemata . . . . .	71
I. Aufbauschema zur Prüfung der Erfolgsaussichten einer Klage bzw. eines Normenkontrollantrags in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. . . . .	72
II. Aufbauschema zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines Widerspruchs . . . . .	79
 3. Teil: Fallbearbeitung	
<i>Fall 1: Rücknahme einer Subventionsbewilligung</i> . . . . .	82
Zulässigkeit und Begründetheit einer Anfechtungsklage – Verwaltungsrechtsweg bei zweistufigen Rechtsverhältnissen im Subventionsrecht – Rechtsschutzformvoraussetzungen der Anfechtungsklage – Klagebefugnis und Beklagten-	

befugnis bei der Anfechtungsklage – Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes – Rücknahme eines Verwaltungsakts – Rechtmäßigkeit einer Subventionsbewilligung – Rechtswirkungen von Verwaltungsvorschriften – Selbstbindung der Verwaltung – Anhörung im Verwaltungsverfahren und Heilung unterlassener Anhörung – Begründungspflicht bei Verwaltungsakten – Vertrauensschutz und Jahresfrist (§ 48 Abs. 4 S. 1 VwVfG) bei der Rücknahme von Verwaltungsakten – Rücknahmeeermessens und Ermessensbindungen – Ausschluß des Aufhebungsanspruchs gem. § 46 VwVfG.

Gegenstand der Anfechtungsklage bei der reformatio in peius – Widerspruchsverfahren als besondere Sachentscheidungsvoraussetzung – Nachschieben von Gründen – Zulässigkeit und Voraussetzungen der reformatio in peius.

*Fall 2: Räumung des besetzten Hauses . . . . . 137*

Zulässigkeit und Begründetheit einer Verpflichtungsklage – Beteiligungsfähigkeit einer Kommanditgesellschaft im Verwaltungsprozeß – Rechtsschutzformvoraussetzungen der Verpflichtungsklage, Verwaltungsakt in Form der Allgemeinverfügung – Klagebefugnis beim Antrag auf polizei- und ordnungsbehördliches Einschreiten (Voraussetzungen des subjektiven öffentlichen Rechts, individuschützende Wirkung der polizei- und ordnungsrechtlichen Generalklausel, subjektives öffentliches Recht bei Ermessensnormen) – Möglichkeit zivilgerichtlichen Rechtsschutzes und allgemeines Rechtsschutzbedürfnis im Verwaltungsprozeß – Tatbestandsvoraussetzungen der polizei- und ordnungsrechtlichen Generalklausel, Subsidiarität beim Schutz privater Rechte – Opportunitätsprinzip im Polizei- und Ordnungsrecht – Reduktion des Entschließungs- und Auswahlermessens – Pflicht zum polizei- und ordnungsrechtlichen Einschreiten.

*Fall 3: Interessenkollision beim Ausschußmitglied . . . . . 169*

Zulässigkeit und Begründetheit einer Feststellungsklage – Rechtsschutz im Kommunalverfassungsstreitverfahren – Beteiligungsfähigkeit beim kommunalen Organstreit – Klagearten beim Organstreit – Rechtsschutzformvoraussetzungen bei der Feststellungsklage – besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen bei der Feststellungsklage – Begründetheitsvoraussetzungen bei der Feststellungsklage – Mitgliedschaftsrechte in kommunalen Gremien – Mitwirkungsverbot wegen Befangenheit im Kommunalrecht (personelle Reichweite und sachliche Voraussetzungen des Mitwirkungsverbots, Unmittelbarkeit eines Vorteils und Sonderinteresse).

*Fall 4: Die kommunale Wohnungsvermittlung . . . . . 207*

Zulässigkeit und Begründetheit einer allgemeinen Leistungsklage – Rechtsweg bei wirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand – Beteiligungsfähigkeit einer OHG im Verwaltungsprozeß – Rechtsschutzformvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage – besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage – Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung von Gemeinden (drittschützende Wirkung der Subsidiaritätsklausel im Gemeinde-

wirtschaftsrecht, Begriff des „wirtschaftlichen Unternehmens“, Zweckbindung bei kommunaler Wirtschaftstätigkeit) – Konkurrentenschutz Privater aus Art. 14 Abs. 1 GG und Art. 12 Abs. 1 GG.

*Fall 5: Verbot einer nichtöffentlichen Versammlung . . . . . 236*

Zulässigkeit und Begründetheit einer Fortsetzungsfeststellungsklage – Prozeßfähigkeit eines eingetragenen Vereins – Rechtsschutzformvoraussetzungen der Fortsetzungsfeststellungsklage – Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4 VwGO – besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen bei der Fortsetzungsfeststellungsklage – Vorbehalt des Gesetzes im Gefahrenabwehrrecht – Ermächtigungsgrundlage beim Verbot einer nichtöffentlichen Versammlung (Verhältnis zwischen Versammlungsgesetz und allgemeinem Polizei- und Ordnungsrecht, verfassungskonforme Reduktion der polizei- und ordnungsrechtlichen Generalklausel) – Voraussetzungen und Rechtsfolge der Generalklausel – Verhaltensstörer und Zweckveranlasser – Notstandsverantwortlichkeit bei Gegendemonstranten.

*Fall 6: Abrißverfügung gegen den Schwarzbau . . . . . 272*

Zulässigkeit und Begründetheit eines Widerspruchs – ordnungsgemäße Widerspruchserhebung, Statthaftigkeit des Widerspruchs, Widerspruchsbefugnis, Berechnung der Widerspruchsfrist – Anhörung des Betroffenen vor Erlaß eines Verwaltungsakts – Voraussetzungen einer Abrißverfügung (formelle und materielle Illegalität einer baulichen Anlage, Ausschluß einer Legalisierung) – Grenzen des Entschließungsermessens – Inhalt und Umfang des Auswahlermessens – Ordnungsverfügung gegen einen von mehreren Miteigentümern – allgemeiner Gleichheitssatz im Bauordnungsrecht.

*Fall 7: Vorläufiger Rechtsschutz im Baunachbarrecht . . . . . 294*

Zulässigkeit und Begründetheit von Anträgen im sog. Aussetzungsverfahren (§ 80 Abs. 5 und § 80a Abs. 3 VwGO) – Abgrenzung zwischen einstweiliger Anordnung und aufschiebender Wirkung – Rechtsschutzformvoraussetzungen für Eilanträge gem. § 80 Abs. 5 und § 80a Abs. 3 VwGO – Vorläufiger Rechtsschutz beim Verwaltungsakt mit drittbelastender Doppelwirkung (Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei Mißachtung des Suspensiveffekts, Verpflichtung der Behörde zur Baustillegung, Anordnung der sofortigen Vollziehung durch das Verwaltungsgericht) – besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen bei Eilanträgen gem. § 80 Abs. 5 und § 80a Abs. 3 VwGO – allgemeines Rechtsschutzbedürfnis für gerichtlichen vorläufigen Rechtsschutz – Prüfungs- und Entscheidungsmaßstab im verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren – Inhalt verwaltungsgerichtlicher Eilentscheidungen – Rechtmäßigkeit eines Bauvorhabens im unbeplanten Innenbereich – Gebot der Rücksichtnahme im Baurecht (drittschützende Wirkung des Rücksichtnahmegerichts, Rücksichtnahmegericht bei grenzüberschreitenden Vorhaben) – Privilegierung eines Außenbereichsvorhabens.



